

# Staats-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Coale-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 15.00, in den Auspoststellen erhöht M. 14.00 monatlich. Die abgesetzten Ringen-Millimeter-Zeile kostet im Ortserwerb M. 2.00, im auswärtigen Vertrieb M. 2.50. Reflektoren der Millimeter-Zeile M. 6.00 im Ortserwerb und M. 8.00 im auswärtigen Vertrieb. Ringen-Schluß: Vier Linien nadmütige. **Größter-Vertrieb:** Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Domhofsstraße 17. **Vertriebsstellen:** Sammel-Nummern 1140 und 1141. **Stadt-Größter-Vertrieb:** Markt 24. **Druck-Vertrieb:** „Coalzeitung Halle'sche“. **Druck-Redaktion:** Domhofs-Ringelstraße, Halle a. S. **Postfach-Nummer:** Leipzig 22815. **Erfüllungs-ort und -Zeitraum:** Halle a. S. **Vertrieb:** Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Domhofsstraße 17. **Bezugs-gebühren:** in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 15.00, in den Auspoststellen erhöht M. 14.00 monatlich. Die abgesetzten Ringen-Millimeter-Zeile kostet im Ortserwerb M. 2.00, im auswärtigen Vertrieb M. 2.50. Reflektoren der Millimeter-Zeile M. 6.00 im Ortserwerb und M. 8.00 im auswärtigen Vertrieb. Ringen-Schluß: Vier Linien nadmütige.

### Annäherung in der Reparation?

#### Zusammentritt des Anleiheauschusses.

Paris, 23. Mai. (Savas.) Heute wird unter dem Vorsitz des belgischen Vertreters in der Reparationskommission Delacroix ein europäisch-amerikanischer Finanzauschuß zusammentreten, um die Mittel zu prüfen, welche Deutschland beistehen sollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Finanzleute werden versuchen, sich über die Bedingungen zu einigen, unter denen es möglich ist, Deutschland die veruntzerte Hilfe zu bringen, deren es bedarf.

Paris, 23. Mai. „Petit Parisien“ schreibt, die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister Herzog und den Mitgliedern der Reparationskommission wurden gestern fortgesetzt. Aus diesem Meinungsaustausch wie aus demjenigen, der zwischen den Mitgliedern der Kommission selbst stattfand, scheint sich zu ergeben, daß sich die Standpunkte etwas nähern. Jedoch wurde ein Einverständnis noch in keinem Punkte erzielt.

#### Ausprache über Genua.

Berlin, 23. Mai. Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß, daß der Auswärtige Ausschuh am Freitag und Sonnabend vormittag Sitzungen zur Besprechung der Konferenz von Genua und der obersten Fragen abhalten wird. An diesen beiden Tagen soll im Plenum die zweite Lesung des Etats beendet werden. Die große politische Ausprache wird voraussichtlich am Montag und Dienstag nächster Woche im Plenum stattfinden, wobei auch der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien und der baltische Handelsvertrag zur Erledigung gelangen werden. Am 31. Mai soll die dritte Lesung des Etats im Plenum stattfinden.

### Der „Friedensturm“ von Genua.

#### Romantische Gemüter.

Vor seiner Wiederkunft nach Triest empfing Präsident Facta in Genua mehrere Ausfühmtigste, die ihm die Pläne zu dem neuen Bauwerk vorlegten, das in der Nähe des Solens zur Erinnerung an die Genueser Konferenz errichtet werden soll. Man will einen Ausfühmturm bauen, der 192 Meter Höhe haben und mit Stangestützen geschildert werden soll. Das Bauwerk soll den Namen „Friedensturm“ tragen. Die notwendigen Geldmittel für den Bau sind im Wege privater Zeichnungen bereits aufgebracht. Die Ausmaße des Bauwerks werden es gestatten, es zu Theateraufführungen, wissenschaftlichen Kongressen und künstlerischen oder industriellen Ausstellungen zu benutzen.

### Zucker aus dem Ausland.

Proteste der Zuckerfabriken. — Forderung eines höheren Goldzolles.

„Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Zucker, unter dem die Bevölkerung seit einiger Zeit in zunehmendem Maße leidet, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Einfuhr von Auslandszucker bis auf weiteres freigegeben und den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung erjudt, die Zollstellen zu ermächtigen, die Einfuhr von Roh- und Veredlungszucker sofort ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen.“

Nun werden wir wahrscheinlich den deutschen Zucker, belastet mit den deutschen Verschleißerträgen, dem Zoll und dem Valutaaufschlag, vom Ausland zurückkaufen müssen.

Wie eine Korrespondenz meldet, sollen die Zuckerfabriken vorher noch versucht haben, die Zuckereinfuhr unmöglich zu machen. Sie haben im Reichsernährungsministerium erklärt, die Freigabe der Einfuhr von Auslandszucker bedeute eine schwere Gefährdung für die deutsche Zuckereinfuhr. Die deutsche Industrie sei bei freier Einfuhr des Zuckers nicht mehr konkurrenzfähig und die Folge würde ein Erliegen vieler Betriebe sein. Deshalb hat die Zuckereinfuhr die Forderung erhoben, die Regierung solle, wenn die Zuckereinfuhr unbedingt nötig sei, einen Goldzoll von 1400 Mark auf den Doppelzentner Importzucker legen.

### Der Standpunkt des Landwirtschaftsministeriums

#### Verdoppelung des Zuckerverbrauchs.

In einer Mitteilung, die das Preussische Landwirtschaftsministerium unserem Berliner Vertreter gab, wird übrigens betont, daß Zucker in größeren Mengen in das Ausland verschifft sei. Es heißt in dieser Mitteilung:

Vor einigen Tagen haben sowohl im Reichsernährungsministerium wie im Preussischen Landwirtschaftsministerium Besprechungen über die künftigen Zuckerfragen stattgefunden, an denen Vertreter aller in Frage kommenden Ressorts teilgenommen haben. Zu der Besprechung, die im Preussischen Landwirtschaftsministerium stattfand, waren auch die Vertreter der Landwirtschaft und Industrie zugezogen. Es ist hiernach festzustellen, daß irgendeine Zurückhaltung von Zucker seitens der Zuckerwirtschaftsstelle nicht stattgefunden hat. Auch sonst liegen keine

Anzeichen dafür vor, daß im Großhandel oder in Fabriken Zurückhaltungen in größeren Umfange stattfänden. Gegen die Annahme, daß größere Mengen durch das sogenannte Koch im Westen gehen, spricht der Umstand, daß im belgischen Gebiet des Westens für Zucker keine Beschränkung besteht, die höher liegt als die des benachbarten Auslandes. Dabei stand in diesem Jahre annähernd dieselbe Menge an Zucker wie im Jahre des höchsten Zuckerverbrauchs, nämlich 187 Kilogramm fast 192 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung. Wenn trotzdem eine erhebliche Zuckerknappheit zu verzeichnen ist, so liegt dies an der allgemeinen Zunahme des Zuckerverbrauchs, die hauptsächlich auf die hohen Fett- und Butterpreise und die Zunahme des Konsums an Schokolade, Konfekt, süßen Likören usw. in allen Schichten der Bevölkerung zurückzuführen ist. Hierdurch ist der Zuckerbedarf in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit ganz gemaltig gestiegen, so daß er bald das Doppelte des Verbrauchs von damals erreicht hat. Die Zuckerverbrauchsauffläche hat sich von 1920 auf 1921 um 26 Proz. erhöht. Für 1922 wird abermals ein Mehr, und zwar von mindestens 5 Proz., angenommen.

### Im Landtag

wurde am Dienstag die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Abg. Meyer-Perlmuth (Dn. Sp.) kommt auf die Vorfälle in Preussischensich zu sprechen, die er einfach als Landfriedensbruch bezeichnet. Er protestiert gegen die Verschlimpfung der ohnehin schon sehr hohen und ist schließlich damit einverstanden, daß der Strafpolizei der Einwirkung der Staatsanwaltschaft entzogen werde, falls aber nicht bindend, daß der heutige Strafpolizei die Bezeichnung „mittelalterlich“ verdient. Jedemfalls müßten auch die Gefangenen produktive Arbeit leisten, natürlich gegen Bezahlung. Abg. West (Dn. Sp.) protestiert gegen die Klassenunterschiede über die in Mittelschichten Verurteilten und bezeichnet die Vorfälle in Preussischensich als wesentlich übertrieben. — Abg. Menzel (Kom.): Solche Strafanstalten, wie sie heute in den Gefängnissen betrieben werden, leihen nicht einmal unter dem Sozialistengesetz zu verzeichnen gewesen. — Ministerialdirektor Klein erjudt den Vorkredner, sein Material vorzulegen, damit den Beschwerden nachgegangen werden kann. — Abg. Dolecki (Dn. Sp.) verlangt, daß die Gefangenen nicht zu Konturrenzarbeiten für das Handwerk herangezogen werden.

Mit weiteren Bemerkungen wurde die allgemeine Ausprache beendet. Nächste Sitzung heute 11 Uhr. Kleine Vorlagen, Fortsetzung und Volkswohlfahrt.

### Das Pensions-Rückungs-Gesetz.

Im Reichsausschuß des Reichstages wurde der Pensions-Rückungs-Gesetzentwurf angenommen, der bestimmt, daß den Ruhegehaltsempfängern, die ein steuerbares Einkommen außerhalb des Reichs oder Landesbesitzes besitzen, das Ruhegehalt einschließlich des Teuerungszuschlages entsprechend gekürzt wird, wobei aber Arbeitsentlohnungen bis zur Höhe von 60 000 Mark bei der Kürzung unberücksichtigt bleiben.

### Zur Kohlenpreiserhöhung.

Der Bergbauische Verein für Ost- und Westpreußen wendet sich mit folgenden Darlegungen an die Öffentlichkeit: In der Presse befinden sich Artikel, die sich mit den Gesetzen allzu hoher Kohlenpreise beschäftigen und die Schuld daran in der Preispolitik der Kohlenwerke, in deren hohen Gewinnen und Abschreibungen erblicken. Die Gewinne der Werke heißen bei den jetzigen Kohlenpreisen überhaupt keine Rolle. Wie sich aus den Geschäftsberichten der hiesigen Rechnung legenden Zwickauer und Lugau-Deutscher Kohlenwerke (rund 96 Proz. der Gesamtproduktion unseiner Zone, also 28 Pf. pro Zentner. Die Dividenden bzw. Ausbeuten sind nur auf das 2.fache der Vorkriegszeit gestiegen, der Geldwertverlust also nicht erfolgt. Viel anders dürfen die Verhältnisse im Durchschnitt auch in Westfalen und den Braunkohlenrevieren nicht liegen. Die Geschäftsergebnisse der Werke werden in kurzen Zeilenabständen von Beauftragten des Reichs-Stohlenverbandes nachgeprüft, so daß sich dadurch eine unzulässige Veredelung ausgeschlossen ist. Die Defensivität überbleibt stets, daß die Kohlenpreise nicht in voller Höhe den Werken zugute kommen, sondern daß jetzt die Zone Kohlen außer mit 3 Mark zur Deckung früherer Lebensmittelaufwendungen durch das Reich und mit 12 Mark für Erzeugung von Bergmannswohnungen (diese Gelder fließen übrigens nicht den Werken selbst zu, sondern werden als Apparat des Reiches eingetragten), belastet sind und daß hierzu noch der Umfahsteuer noch die Kohlensteuer mit 40 Proz. des Wertes in Westfalen und 33 Proz. in Sachsen kommt. Auch wir verzeichnen die Gefahr der hohen Kohlenpreise nicht; es ist aber richtig, die Abhilfe bei den Kohlenwerken selbst zu suchen.

Im Braunkohlenreichen Landtag hatte die Fraktion der Unabhängigen einen Initiativantrag auf Auflösung des Landtages und Vornahme von Neuwahlen eingebracht. Dieser wurde mit 33 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Es folgt die Wahl einer neuen Regierung. In namentlicher Abstimmung wählte man: die Abgeordneten Dr. Sauer (S.) Vorsitz, Schneider (S.) Arbeit, Körner (Dem.) Inneres, Rafer (Dp.) Unterricht.

### Treue um Treue.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn irgendwam einmal die Notgemeinschaft des deutschen Volkes in allen seinen Teilen so recht sinnfällig zum Ausdruck kam, so geschah es am vergangenen Sonntag in der Reichshauptstadt, die an diesem Tage so etwas wie einen „deutschen Tag“ erlebte. Zwei Ereignisse spielten sich gleichzeitig ab, die all denen, die uns in diese Not gebracht haben, zu zeigen vermögen, daß die Treue doch kein leerer Wahr ist und erst recht nicht die deutsche Treue. Die gemeinsame Not war es, die als Leitmotiv über der Ostmärker-Tagung des Deutschen Erbundes stand.

Die verdrängten Deutschen stellen ja nur einen Bruchteil der verdrängten Deutschen dar; zusammen mit den Ostschlesingern und den Kolonialdeutschen repräsentieren sie sich als lebendige Opfer des Berliner Vertrags, als eine ewig blutende Wunde am Volkstörper Deutschlands. Rund um sie brandet das polnische Meer. Polnische Kasse gegen alles Deutsche, polnische Kaufleute feiern in Oberschlesien wie an der Weichsel ihre Triumphe. Nicht zuletzt dank der Verschärfung Polens durch den französischen Militarismus. Zwar wird auch gewiß einst der Tag kommen, an dem Polen die See an oder für Frankreich zu zahlen hat. Befindet sich der polnische Staat doch heute schon in einer vollenartigen Abhängigkeit von Frankreich, das ihm den Herrenhandpunkt „den ich bin groß und du bist klein“ erst in den letzten Tagen beim Abschluß von Wirtschaftsverträgen dadurch nachdrücklich unter die Nase rieb, daß es sich von Polen das Weisheitsbegünstigungsrecht ausbedungte, es ihm aber selber nicht gewährte. Wenn einer den ganzen Jammer des verlorenen Außenpostens aus tiefstem Herzen mitzufühlen und so schäudernd verstand, so war es gewiß der Reichsminister a. D. Dr. Schiffer, der Führer der deutschen Oberschlesien-Delegation, der erst vor wenigen Tagen vom Abschluß der Genfer Verhandlungen zurückgekehrt ist und gerade auf dem exponierten vereinfachten Posten, den er in Genf zu verteidigen hatte, das ganze Elend und die ganze Sinnlosigkeit des Deutschtums im Osten vor Augen hatte. Möglich, daß die Notwendigkeit, das stärkste Mobens im Leben der Völker, die Polen früher oder später einmal zwingen wird, Bräden zu schlagen. Wir können darauf aber nicht warten. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Opferbereitschaft, das auf dieser Tagung auf beiden Seiten ergreifend zum Ausdruck kam, darf das Reich und alle seine Bewohner die Not seiner Grenzprovinzen über seiner eigenen Not nicht vergessen lassen. Wie sie in unerhörlicher Treue zu der Heimat halten, so müssen auch wir mit Herz und Hand die Treue gegen sie pflegen, und mit Bereitwilligkeit und Entschlossenheit alles tun, was in unseren Kräften steht, um ihrer Not zu steuern.

Freundlichere Bilder waren es, die der seltsame Empfang der Wiener Sängergesellschaft in Berlin bot. Soll in Not auch hier! Aber die Hoffnung grüht, daß hier der Sieg über abgelebtes Recht und gebrochene Versprechen vielleicht doch rauber und leichter einmal zu erringen sein wird. Mit Nachdruck hat der Reichsminister des Innern Dr. Röber in seiner „unpolitischen“ Rede darauf hingewiesen, daß wir auf ein ganz bestimmtes Programm hin, in dem klar und fest das Recht der Selbstbestimmung niedergelegt war, Frieden geschlossen haben, und daß dieses Programm nicht eingehalten worden ist. Ebenso offen und rückhaltlos hat der Reichstagspräsident Loede vor dem Zu- und Ausland erklärt, daß wir trotz aller Hindernisse, die heute noch bestehen, die volle politische und staatsrechtliche Vereinigung Deutschlands und Österreichs erstreben. Die Zustimmung, die Tausende dieser Bekenntnisse berufener Vertreter jubelnden gilt dem Wortum des gesamten deutschen und österreichischen Volkes gleich. So empfindet die Reichshauptstadt diesen Besuch der Wiener Sängergesellschaft als eine offizielle Angelegenheit, sondern als eine herzensgasse, als den Besuch Auslandsverwandter. Ein Hand und ein Volk — das stand als Motto über dieser Feier, und kein Zwang, keinerlei Bindung kann in uns die Hoffnung zerbrechen, daß einst der Tag kommen wird, an dem die künftigen Schranken zusammenbrechen, die heute noch zwangsweise zwischen dem deutschen und dem österreichischen Volke aufgerichtet sind.

Diese Hoffnung, daß wir auch äußerlich werden, was wir innerlich längst sind, grüßt auch das deutsche Volk. Man kann die Leiber händigen, aber nicht den Geist. Diese Wahrheit, die bei der Feier neben vielen anderen guten Gedanken fernst auf Ausdruck kam, wird einst die festesten Grenzperlen, und der Geist wird es sein, der auch die Leiber befreit. Vorbede dessen ist die Solidarität der Herzen, die Deutschland und Österreich heute eint.

### Die Wiener Sängergesellschaft der Stadt Berlin.

Der Wiener Männergesangverein war am Dienstag vormittag von der Stadt Berlin zu Galt geladen. Vom Turm des roten Hauses wählte die Stadtflagge, die große Freitreppe des Wächerturms, die Bibliothek und der Senatorensaal prangten

